



Hans-Ulrich Jörges  
Der stern-Kolumnist schreibt  
jede Woche an dieser Stelle

JÖRGES

ZWISCHENRUF AUS BERLIN

## RETTER ODER RÄUBER

**Glaubwürdig wird Hubertus Heils „Respekt-Rente“  
nur dann, wenn die SPD eine Schandtat aus dem Jahr 2004  
korrigiert: Ihren Raubzug durch die Rente**

Die SPD betreibt beidhändige Rentenpolitik. Die Linke gibt, die Rechte nimmt. Im Moment ist die Linke am Zuge. Hubertus Heil, der Sozialminister, hat die „Respekt-Rente“ erfunden, die Kleinverdienern nach 35 Beitragsjahren bis zu 447 Euro mehr im Monat verschaffen würde. Das beschert ihm mächtig Respekt und treibt die Umfragewerte der SPD die zuletzt bei 14 Prozent festgetackert schienen.

Heils Rente hat freilich einige Kinken. Wer nur 34 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat fällt durch. Und da es eine Bedürftigkeitsprüfung nicht geben soll, würde auch eine Juweliere Gattin beglückt, die ihrem Mann auf Teilzeitbasis die Bücher geführt hat. Aber so ist das nun mal bei der SPD. Sie will häufig das Richtige, aber sie bekommt es nie richtig hin.

In diesem Fall ist der Nebenwiderspruch der Juweliere Gattin nicht mal unerwünscht. Denn es stehen Wahlen auf dem Kalender, bei denen es für die SPD wieder mal um das Ganze geht. Da macht es schon einen Unterschied, ob drei bis vier Millionen Wähler Vorfreude auf die Respekt-für-die-SPD-Rente empfinden - oder nach Bedürftigkeit nur 130 000. Zu den kalkulierten Kinken zählt auch, dass das Präsent im Koalitionsvertrag gar nicht vorgesehen ist. Da ist von einer Grundrente die Rede - nur bei

Bedürftigkeit zehn Prozent über der staatlichen Grundsicherung. Mithin weniger als die Heil-Rente. Für wenige.

Bei der CDU erhob sich also Murren, und einige fragten sich, ob der irre laufende Sozialdemokrat an der Sollbruchstelle für die Koalition bastele. Der erwiderte indes, er sei gern Minister. Das darf man unbesehen glauben. Nein, wir haben es mit einem hübschen Beispiel für Dialektik zu tun: Die Koalition aufmischen, um sie zu erhalten. Denn nur wenn die Ministerriege der SPD bei den Wahlen ihre Respekt-Rendite einfährt, kann sie innerparteiischen Aufständen der Verelendeten entgegen.



Aber: Olaf Scholz, der Finanzminister hat gerade Haushaltslöcher von fünf Milliarden Euro pro Jahr annonciert, wozu sich fünf Milliarden für die „Respekt-Rente“ gesellen dürften. Würden allein Bedürftige beglückt wären es nur 200 Millionen.

Hier kommt nun die Rechte der SPD ins Spiel, die kräftigere, zupackende Hand. Die vergreift sich seit 2004, als rot-grün regiert wurde, an Betriebsrenten und berufsständischen Versorgungswerken. Was die auswerfen, wird dem vollen Krankenversicherungsbeitrag plus Zusatzbeitrag und Pflegeversicherung unterworfen. Fast ein Fünftel wird mithin abkassiert. Das hat Empörungstürme ausgelöst und der SPD viele hingepfefferte Parteibücher eingetragen. Da sollen sich Menschen zusätzlich fürs Alter absichern und dann ...

Die Schandtat, ein Hohn auf Gerechtigkeit, trifft sechs Millionen wurde von der Justiz aber abgesegnet. Obgleich privat Krankenversicherte von dem Raubzug verschont bleiben und der auch rückwirkend gilt für Verträge, die vor 2004 datieren. Richter kriegen eben keine Betriebsrente - und sind privat krankenversichert.

Jens Spahn, der Gesundheitsminister der CDU, dessen Vater selbst Opfer wurde, und Karl Lauterbach, sein SPD-Pendant, plädieren nun wenigstens für die Halbierung des Beitrags zur Krankenversicherung, ab 2020. Olaf Scholz, ganz rechte Hand der SPD weigert sich indes, zweieinhalb der drei Milliarden Euro zu begleichen, die den Kassen fehlen würden. Spahns Referentenentwurf hängt also, und man fragt sich, was daraus werden soll, wenn Scholz erst die fünf Milliarden aus der „Respekt-Rente“ zu buckeln hätte. Gar nichts mehr? Das wäre fatal, denn die „neue Betriebsrente“, von Heils Vorgängerin Andrea Nahles ab 2018 arbeitgeberfreundlich reformiert, kommt einfach nicht auf die Beine. Kann man sich wundern, dass dafür bislang kein einziger Tarifvertrag zustande gekommen ist?

Kein Wunder ist auch, warum Scholz die Rechte zur Faust ballt. Er war es schließlich, der den Raubzug 2004 erfunden hatte. Die Halbierung des Beitrags, ließ er nun gestelzt wissen, sei im Koalitionsvertrag „nicht als prioritär hinterlegt“. Mit Verlaub: Heils „Respekt-Rente“ ist dort gar nicht hinterlegt. Händeringen in der SPD.

Retter oder Räuber? 